



Pressemitteilung 18/2002 (4 Seiten)

Rückfragen bitte an: **Dr. Udo Ludwig (03 45/77 53 800)**

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland vertagt

Nach Veröffentlichung der neuesten Quartalsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat das IWH seine Konjunkturprognose auf den Prüfstand gestellt und korrigiert. Außerdem wurden die Folgen der Hochwasserkatastrophe auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität abgeschätzt. Während die Flut in Deutschland insgesamt im Großen und Ganzen konjunkturneutral wirken dürfte, lässt sie die für dieses Jahr bis dahin vorhandenen schwachen Wachstumsaussichten im Ostteil gänzlich schwinden. Bestenfalls kommt es hier zur Stagnation des Bruttoinlandsprodukts. Im nächsten Jahr dagegen wird der öffentliche und private Mitteleinsatz zur Behebung der Flutschäden die Produktion in Ostdeutschland stimulieren.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland hat in der ersten Jahreshälfte nur geringfügig zugenommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist zwar gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch gesunken, nach dem Tiefpunkt Ende des vergangenen Jahres hat es aber von Quartal zu Quartal jeweils einen Zuwachs von 0,3% gegeben. Die zyklische Wende wurde damit vollzogen. Allerdings bleiben die mageren Zuwächse selbst hinter den geringen Erwartungen in den meisten Prognosen zurück. Die Inlandsnachfrage hat im Frühjahr leicht angezogen, das Vertrauen der Konsumenten und Investoren in den Aufschwung ist jedoch noch nicht gefestigt. Vor allem aber weisen wichtige Frühindikatoren der Konjunktur wie die Auftragseingänge in der Industrie und die Geschäftser-

wartungen der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr auf eine deutliche Kräftigung des Aufschwungs im zweiten Halbjahr hin. Frühestens im Schlussquartal wird sich das Wachstum beschleunigen. Im Durchschnitt dieses Jahres wird das Bruttoinlandsprodukt wie im Vorjahr nur um 0,6% zunehmen und damit um drei zehntel Prozentpunkte weniger als vom IWH im Sommer veranschlagt.¹

Verantwortlich für die Korrektur der Prognose sind Änderungen in einigen Rahmenbedingungen. So fehlt der Weltwirtschaft im Gefolge der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in den USA und im Euroraum der erwartete Schwung, daher entwickeln sich die Exporte aus Deutschland flacher. Außerdem haben sich die weltpolitischen Risiken erhöht, und die Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten dauert wider Erwarten an. Deshalb ist auch die Übertragung der an sich schon geringen Auslandsimpulse auf die inländische Nachfrage gestört. Zudem erreicht die wirtschaftliche Schwäche aus dem vergangenen Jahr erst jetzt voll den Arbeitsmarkt und dämpft den Konsum der privaten Haushalte. Außerdem trüben die anhaltenden Vermögensverluste auf den Aktienmärkten die Stimmung der Konsumenten ein und beschränken ihr Ausgabeverhalten. Unter der Schwäche im Wachstum der Exporte und des Konsums leiden die Absatz- und Ertragsaussichten der Investoren. Hinzu kommen auch hier die negativen Wirkungen des Verfalls der Aktienkurse, wodurch die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen beeinträchtigt werden.

Die Aussichten auf Besserung der Konjunktur bestehen trotzdem fort. Unter der Annahme, dass ein Krieg mit dem Irak vermieden werden kann oder seine wirtschaftlichen Folgen in engen Grenzen gehalten werden können, wird der Aufschwung in der Weltwirtschaft nach Überwindung der derzeitigen Konjunkturschwäche in den USA wieder an Dynamik gewinnen. Aufgrund der rückläufigen Inflationsgefahren in der Europäischen Währungsunion ist mit einer baldigen Zinswende jetzt nicht mehr zu rechnen, so dass die expansiven Wirkungen der Geldpolitik auch im nächsten Jahr anhalten dürften. Allerdings wird die Finanzpolitik – wie bislang erwartet – mit der Verschärfung des Konsolidierungskurses der öffentlichen Haushalte konjunkturelle Bremsspuren hinterlassen.

Die Finanzpolitik hat die Herausforderungen der Flutkatastrophe angenommen und ein Hilfspaket aufgelegt, das im Großen und Ganzen konjunkturneutral wirken dürfte.² Die Mehreinnahmen aus den steuerlichen Maßnahmen werden über die öffentlichen Haushalte zur Beseitigung der Flutschäden weitgehend nachfragewirksam. Allerdings dürfte der Vorgriff auf den Hilfsfonds die Defizitquote im laufenden Jahr leicht erhöhen. Die Obergrenze im Stabilitäts- und Wachstumspakt von 3% wird aber vor allem wegen der strukturellen Fehlentwicklungen im Haushalt und wegen der Konjunkturschwäche überschritten. Im nächsten Jahr wird die Defizitquote auf 2,2% zurückgehen. Ein „nahezu ausgeglichener“ öffentlicher Gesamthaushalt im Jahr 2004 wird immer unwahrscheinlicher. Anregungen auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts werden im Jahr 2003 von allen Nachfrageaggregaten ausgehen. Wegen der steuerlichen Finanzierung des Aufbau-Hilfsfonds zur Beseiti-

¹ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur 2002 und 2003: Achillesferse Investitionstätigkeit, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2002, S. 279 ff.

² Vgl. IWH-Pressemitteilung 19/2002: Die Hochwasserkatastrophe und das Sozialprodukt in Deutschland, 10.09.2002, Nachmittag .

gung der Flutschäden wird zwar den Privaten Einkommen entzogen, und deshalb wird der Konsum der privaten Haushalte deutlich langsamer zulegen als bislang prognostiziert. Dafür erhalten die Anlageinvestitionen einen temporären Schub. Denn der Mittelzuwachs aus öffentlichen und privaten Quellen von geschätzt 10 Milliarden Euro dürfte die Verdrängung privater Investitionen durch die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform und die vorübergehende Anhebung der Körperschaftsteuer weit überwiegen. Insgesamt werden die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten im nächsten Jahr die Wende zum Plus vollziehen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Vergleich zum laufenden Jahr um 2,3% steigen, und das Wachstum wird überwiegend von der Inlandsnachfrage kommen. Dies zieht einen kräftigen Anstieg der Importe nach sich, so dass trotz zunehmender Exporte der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft fällt.

Die konjunkturelle Wende wird erst im kommenden Jahr am Arbeitsmarkt ankommen. Die Erwerbstätigkeit wird sich um knapp 200 000 Personen auf nahezu 39 Millionen erhöhen. Der Beschäftigungsaufbau wird sich allerdings auf Westdeutschland konzentrieren. Die Arbeitslosenzahl wird die Vier-Millionen-Marke wieder unterschreiten.

Sonderentwicklung in Ostdeutschland

Die Flutkatastrophe wirkt zwar deutschlandweit konjunkturalneutral, aufgrund der Schadenskonzentration auf Sachsen und Sachsen-Anhalt gleichen sich Verluste und Impulse für die ostdeutsche Wirtschaft aber nicht aus. Die Produktionsausfälle lassen die bislang schon geringen Wachstumserwartungen für dieses Jahr gänzlich schwinden. Der Mitteleinsatz zur Beseitigung der Schäden wird die Produktion jedoch ab dem Schlussquartal anregen.

Die Zerstörung von Produktions- und Dienstleistungsanlagen entlang der Elbe und ihrer Zuflüsse hat die wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Sommer deutlich beeinträchtigt. In den am meisten betroffenen Regionen Sachsens und Sachsen-Anhalts muss deshalb von Abstrichen am Wachstum in diesem Jahr ausgegangen werden. Da sich in Ostdeutschland die wirtschaftliche Aktivität bereits vor dem Hochwasser schwächer als prognostiziert entwickelt hatte und sich auch die Aussichten nur wenig aufhellten, ist für das Jahr 2002 allenfalls noch mit Stagnation zu rechnen. Die Wachstumsverluste von geschätzt 0,3 Prozentpunkten werden in den restlichen Monaten dieses Jahres nicht von den Aufholeffekten und den Anregungen aus dem Hilfsfonds für die Flutopfer aufgewogen werden können.

Insgesamt werden von der Aufbauhilfe öffentliche und private Bauinvestitionen von geschätzt 8,6 Mrd. Euro angestoßen. Das Gros wird im Jahr 2003 produktionswirksam, und es wird von ostdeutschen Anbietern und ihren Zulieferern in der Industrie und im Dienstleistungssektor realisiert werden. Der Bauwirtschaft hilft dies jedoch nur vorübergehend aus der Misere. Nach dem Ausklingen des Auftragsschubs wird der Abbau der Überkapazitäten weitergehen.

Die Wiederherstellung der zerstörten Maschinen und Ausrüstungen der Betriebe wird dagegen weitgehend zu Aufträgen und Produktion im Investitionsgütergewerbe außerhalb Ostdeutschlands führen. Das gilt auch für den Ersatz der durch die Fluten beschädigten Ausstattungsgüter der privaten

Haushalte. Wenn für rund die Hälfte der zur Beseitigung der Flutschäden mobilisierten öffentlichen und privaten Mittel ostdeutsche Produktions- und Dienstleistungsbetriebe Aufträge erhalten, bedeutet die zusätzliche Produktion einen regionalen Wachstumsimpuls von zwei Prozent im Jahr 2003. Insgesamt dürfte dann das Bruttoinlandsprodukt im Osten um 3,5% wachsen.

Tabelle :

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2002 und 2003

	2001	2002	2003
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	1,5	-0,2	1,7
Staatskonsum	0,8	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	-5,3	-4,0	3,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,4	-5,5	5,2
Bauten	-6,0	-2,8	1,2
Inländische Verwendung	-0,8	-0,5	2,9
Exporte	5,0	2,7	8,5
Importe	1,0	-0,3	11,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	2,3
dar.: Ostdeutschland**	-0,1	0,0	3,5
Nachrichtlich: USA	0,3	2,4	3,3
Euroraum	1,5	1,0	2,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,0	2,7	2,9
Effektivlöhne je Stunde	1,9	2,7	2,9
Lohnstückkosten ^b	0,7	1,3	1,0
Preisindex für die Lebenshaltung	2,5	1,4	1,6
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^c	38 917	38 774	38 965
Westdeutschland**	33 096	33 036	33 225
Ostdeutschland*	5 821	5 738	5 740
Arbeitslose ^c	3 852	4 022	3 908
Westdeutschland**	2 592	2 752	2 664
Ostdeutschland*	1 259	1 270	1 244
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,0	9,4	9,1
Westdeutschland**	7,3	7,7	7,4
Ostdeutschland*	17,8	18,1	17,8
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	2,8	3,1	2,2

^a Der Wachstumsverlust wegen der Flutkatastrophe wurde für das Jahr 2002 ohne Aufholeffekte und Impulse aus Reparaturarbeiten u.ä. auf 0,3 Prozentpunkte und der Wachstumsgewinn infolge des Mitteleinsatzes zur Beseitigung der Flutschäden im Jahr 2003 auf zwei Prozentpunkte geschätzt. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Einschließlich der geförderten Personen in herkömmlichen Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH (Stand: 04. Sept. 2002).

Diese Pressemitteilung steht auch im Internet unter www.iwh-halle.de